

Transnationale Zivilklagen aus der Perspektive von sozialen Bewegungen des Globalen Südens

Beitrag zum Workshop „Sorgfalt oder Pflicht(erfüllung)?“:
Interdisziplinärer Workshop zur Sorgfaltsprüfungspflicht
8. Mai 2019, Universität Bern

Angela Lindt
Institut für Sozialanthropologie
Universität Bern
angela.lindt@anthro.unibe.ch

Einleitung

Kurz bevor der Ständerat in der diesjährigen Frühlingssession über den Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative beraten hat, ist in den Tamedia-Medien ein Gastbeitrag von Dick Marty (2019) erschienen. Marty ist ehemaliger FDP-Ständerat und Co-Präsident des Initiativkomitees. In seinem Beitrag forderte er „Gerechtigkeit statt Almosen“ für die Opfer von Menschenrechtsverletzung und Umweltschäden im Globalen Süden. Marty stellte sich auf den Standpunkt, dass mit der Konzernverantwortungsinitiative der Zugang zu Rechtsmitteln und somit auch zu Gerechtigkeit in der Schweiz ermöglicht würde. Das Beispiel zeigt: Die Erwartungen an die Konzernverantwortungsinitiative sind gross.

Doch was können transnationale Zivilklagen gegen Unternehmen in der Praxis tatsächlich leisten? Und welche Erwartungen werden in solchen Gerichtsfällen an das Recht gestellt?

In diesem Beitrag zeichne ich die Perspektive von einer spezifischen Gruppe auf solche transnationalen Zivilklagen nach. Ich zeige auf, wie soziale Bewegungen aus Peru solche Klagen bewerten. Dabei diskutiere ich, was ihre Erwartungen an solche Prozesse in Speziellen und an das Recht im Allgemeinen sind.

Ich fokussiere dabei auf soziale Bewegungen und Menschenrechtsorganisationen, die in soziale Konflikte um transnationale Bergbauprojekte in Peru involviert sind. Es handelt sich somit nicht um die Perspektive der eigentlichen Opfer von Menschenrechtsverletzungen, sondern um soziale Bewegungen oder um lokale NGOs.

Die empirischen Daten¹, die ich in diesem Beitrag diskutiere, betreffen zwei transnationale Zivilklagen. Es sind Zivilklagen, die gegen die Mutterunternehmen von transnationalen Bergbauunternehmen vor Gerichte in den USA und in Grossbritannien gebracht wurden. Es geht somit um eine zivilrechtliche Verantwortung der Mutterunternehmen für Menschenrechtsverletzungen, die in Peru begangen wurden.

Überblick zu den Fallbeispielen

Guerrero & Ors v Monterrico Metals Plc

Das erste Fallbeispiel betrifft den Konflikt um das Bergbauprojekt Rio Blanco in der Region Piura. Dieses Bergbauprojekt existiert seit mehr als 15 Jahren als Idee, wurde aber bis heute aufgrund des Widerstands der Lokalbevölkerung nicht realisiert (Velazco Rondón und Quedena Zambrano 2015, 25).

Die transnationale Zivilklage, die aus diesem sozialen Konflikt entstanden ist, geht auf einen Protestmarsch im August 2005 zurück. Damals zogen mehrere tausend DemonstrantInnen zum Minengelände. Die Polizei ging repressiv gegen sie vor, ein Demonstrant wurde getötet (Coxshall 2010, 38, Skinner *et al.* 2013, 94). Die Polizei griff 28 Personen auf und hielt diese während drei Tagen innerhalb des Minengeländes fest. Die Personen wurden körperlich misshandelt, bedroht und mutmasslich auch gefoltert (Jahncke 2011, 51, Kamphuis 2011, 75, 2012, 544). An diesen Misshandlungen waren Polizisten wie auch Mitarbeitende einer privaten Sicherheitsfirma und des Bergbauunternehmens beteiligt (Velazco Rondón und Quedena Zambrano 2015, 26f.).

Der Vorfall führte zu einem Strafverfahren in Peru, das bis heute noch nicht abgeschlossen ist (OCM 2018, 25). Zusätzlich reichte die private Anwaltsfirma Leigh Day eine Zivilklage gegen das Mutterunternehmen Monterrico Metals in London ein (Meeran 2011, 15f., 2012, 19, Kamphuis 2012, 546f.). In der Zivilklage sollte die Mitverantwortung des Mutterunternehmens thematisiert werden. Der Prozess sah zunächst vielversprechend aus. Es wurde ein Termin für eine Gerichtsverhandlung angesetzt, doch kurz vor diesem Termin einigte sich das Unternehmen mit den Opfern auf eine aussergerichtliche Entschädigungszahlung (Meeran 2011, 41, Velazco Rondón und Quedena Zambrano 2015, 13). Der Gerichtsfall endete somit mit einer Kompensationszahlung, jedoch explizit ohne dass das Unternehmen eine rechtliche Haftung eingestanden hat.

Máxima Acuña Atalaya et al. v Newmont Mining Corporation et al.

Die zweite Zivilklage, die ich in meinem Dissertationsprojekt als Fallbeispiel untersuche, betrifft einen Landstreit zwischen einer kleinbäuerlichen Familie

und der Goldmine Yanacocha in der Region Cajamarca. Das Unternehmen Minera Yanacocha plant mit dem Projekt Minas Conga seine Abbautätigkeiten zu erweitern. Die Familie von Máxima Acuña de Chaupe besitzt ein Stück Land, das sich innerhalb des geplanten Minengeländes befindet. Seit bald zehn Jahren dauert nun der Streit zwischen dem Unternehmen und der Familie über dieses Landstück an. Es kam in den vergangenen Jahren zu mehr als einem Dutzend Versuchen des Unternehmens, das Landstück zu räumen und die Familie zu vertreiben. Daran waren sowohl Polizeikräfte, wie auch Mitarbeitende einer privaten Sicherheitsfirma und des Unternehmens beteiligt. Es kam wiederholt zu Drohungen und Gewalt gegen Mitglieder der Familie, ihre Felder und Teile ihres Eigentums wurden wiederholt zerstört (RESOLVE 2016, 17f., Li und Paredes Peña-fiel 2019, 229).

Auf lokaler Ebene sind mehrere Gerichtsprozesse aus diesen Ereignissen heraus entstanden, die jedoch nicht zu einer Entspannung der Situation geführt haben. Mit Unterstützung der US-amerikanischen NGO EarthRights International hat die Familie deshalb eine Zivilklage gegen Newmont Mining Corporation² in den USA eingereicht (U.S. District Court for the District of Delaware 2017). Newmont Mining Corporation kontrolliert das Unternehmen Minera Yanacocha als Hauptanteilseigner (Newmont Mining Corporation 2018).

Im April 2018 wurde die Klage wurde vom Distriktgericht in Delaware aufgrund der sogenannten *Forum non conveniens*-Doktrin abgelehnt (U.S. District Court for the District of Delaware 2018). Diese juristische Doktrin ist ein Argument, das in transnationalen Klagen oft von Unternehmen eingebracht wird. Sie besagt, dass solche Fälle im Land, in dem der Vorfall geschehen ist, untersucht werden müssen (Skinner 2014, 203f.). Im konkreten Fall hielt das Gericht fest, es handle sich um peruanische Opfer, peruanische

TäterInnen und der Vorfall sei in Peru geschehen, folglich sei das peruanische Justizsystem zuständig (U.S. District Court for the District of Delaware 2018). Gegen diesen Entscheid wurde Berufung eingereicht.

Ganz kürzlich, im März 2019, hat das Berufungsgericht entschieden, dass der Fall nochmals ans Distriktgericht zurückgehen müsse und dieses nochmals sorgfältig prüfen müsse, ob Peru angesichts des aktuellen Korruptionsskandals tatsächlich ein geeignetes Forum ist, um einen solchen Fall zu verhandeln (U.S. Court of Appeals for the Third Circuit 2019). Der Gerichtsfall läuft damit noch weiter.

Transnationale Zivilklagen

Basierend auf der Beschreibung dieser zwei Zivilklagen, möchte ich zunächst einmal zwei Beobachtungen festhalten, die für das weitere Verständnis wichtig sind.

Aufgleisen der Fälle

Für mich als Sozialanthropologin sind solche transnationalen Klagen vor allem aufgrund der Aushandlungsprozesse interessant. Mich interessiert, welche Dynamiken entstehen, wenn US-amerikanische oder europäische AnwältInnen Fälle aus dem Globalen Süden übernehmen.

Die Verständigung, die Aushandlung, die Einigung auf gemeinsame Ziele zwischen den AnwältInnen und den Opfern sind eine Herausforderung. Dabei können Abhängigkeiten entstehen. Falsche Erwartungen können geweckt werden. Die Beziehungen zwischen AnwältInnen und KlientInnen sind nicht frei von Machtunterschieden, sondern sind stark geprägt von den Interessen der involvierten Parteien.

Darüber hinaus sind die sozialen Konflikte, aus denen solche transnationalen Zivilklagen resultieren,

hochkomplex. Detaillierte Hintergrundinformationen über die lokalen Zusammenhänge sind deshalb eine Grundvoraussetzung, um solche Klagen aufgleisen zu können. Nur so können auf lokaler Ebene negative Konsequenzen von vornherein verhindert werden.

Gerichtsverhandlungen stellen die Ausnahme dar

Eine zweite Beobachtung, die aus rechtanthropologischer Sicht interessant ist, ist, dass das Recht und die im Recht vorgesehenen Mechanismen in solchen transnationalen Zivilklagen oftmals nur teilweise oder gar nicht zum Zuge kommen. Es ist immer noch sehr selten, dass solche Fälle tatsächlich in einer Gerichtsverhandlung enden. Das heisst, es werden zwar Klagen eingereicht und es wird ein juristischer Prozess in die Wege geleitet. Schlussendlich kommt es jedoch kaum jemals zu einer tatsächlichen Gerichtsverhandlung, in der die Verantwortung des Mutterunternehmens thematisiert und verhandelt wird. Ein Urteil, in dem die Frage der Verantwortung angesprochen wird, gibt es in kaum einem der Fälle. Dies hat mehrere Gründe.

Die Verteidigung der Mutterunternehmen basiert bei diesen transnationalen Zivilklagen oftmals nicht auf juristischen, sondern auf prozessrechtlichen Argumenten. Der Fall von Máxima Acuña zeigt zum Beispiel, dass die sogenannte *Forum non conveniens*-Doktrin in den USA weiterhin eine Hürde darstellt. Die Frage der Jurisdiktion wird vom Unternehmen vorgeschoben, um eine Gerichtsverhandlung zu verhindern.

Ein anderes häufig eingebrachtes prozessrechtliches Argument ist die Verjährungsfrist. Beispiele dafür sind der Fall gegen den deutschen Textil-Discounter KiK in Deutschland (der von Carolijn Terwindt am Workshop diskutiert wurde) sowie die Zivilklage gegen Xstrata in Grossbritannien (Leigh Day 2018).³ Auch in diesen Fällen wurde nicht die Sache an sich

verhandelt, sondern es wurde mit der Verjährung ein prozessrechtlicher Aspekt diskutiert, der vor der Gerichtsverhandlung geklärt werden musste.

Ich möchte die These aufstellen, dass Gerichte in Europa und in den USA weiterhin prozessrechtliche Vorbedingungen sehr streng auslegen. Diese Gerichtsfälle sind hochpolitisch und es wäre naiv zu glauben, dass nur die Justizbehörden im Globalen Süden unter enormem Druck stehen, solche Fälle gar nicht erst zur Verhandlung zu bringen. Auch im Globalen Norden wird die Frage der Verantwortung der Mutterunternehmen gemieden und aus prozessrechtliche Gründen kommt es zu keiner Gerichtsverhandlung und somit zu keinem Urteil.

Darüber hinaus tragen auch aussergerichtliche Einigungen dazu bei, dass Gerichtsverhandlungen verhindert werden. Der zuvor beschriebene Fall gegen Monterrico Metals in Grossbritannien ist so ein Fall: Es war bereits ein Termin für eine Gerichtsverhandlung angesetzt worden, doch kurz zuvor entschied das Mutterunternehmen, den Fall aussergerichtlich beizulegen und den Opfern eine finanzielle Entschädigung zu bezahlen – aber ohne im Gegenzug Verantwortung für den Fall zu übernehmen. Ich argumentiere, dass der Fall somit ausserhalb des Rechts gelöst wurde.

Erwartungen an das Recht

Was bedeutet dies nun für die sozialen Bewegungen, die hinter solchen Klagen stehen? Die Erwartungen, die diese Bewegungen an das Recht haben, lassen sich in verschiedene Punkte unterteilen:

Finanzielle Entschädigungszahlungen

Das übliche Ergebnis einer erfolgreichen Zivilklage ist die Zahlung einer finanziellen Entschädigung. Zivilklagen gegen transnationale Unternehmen werden

in Peru aber als beinahe aussichtslos angesehen: Die Beweislast liegt bei den KlägerInnen, die notwendigen Informationen befinden sich aber im Besitz der Unternehmen und prozessrechtliche Mechanismen zur Offenlegung von Informationen fehlen. Die Opfer von Menschenrechtsverletzungen haben jedoch das Recht auf eine finanzielle Entschädigung. Eine wichtige Erwartung der sozialen Bewegungen an die transnationalen Zivilklagen ist somit oft, eine finanzielle Entschädigung für die Opfer im Ausland zu erwirken.

Andererseits können finanzielle Entschädigungszahlungen umstritten sein und zu Konflikten in den betroffenen Gemeinden führen. Besonders im Zusammenhang mit aussergerichtlichen Einigungen kann dies der Fall sein, da die Einigungen oft keine Schuldanerkennung des Unternehmens beinhalten.

Ein Problem ist dabei auch, dass die Verrechtlichung von sozialen Konflikten durch diese Gerichtsfälle zu einer Fokussierung auf wenige Personen führt. Einzelpersonen werden „ausgewählt“, exponiert und setzen sich persönlich einem grossen Risiko aus. Die Forderung der sozialen Bewegungen aus Peru ist dann auch, dass die betroffenen Personen und die Gemeinschaften in solchen Prozessen eng begleitet werden müssen. Zentral ist für sie, dass die AkteurInnen im Globalen Süden die Kontrolle über den Prozess behalten können.

Thematisierung der Verantwortung von Mutterunternehmen

Die Verantwortung der Unternehmen steht für AkteurInnen aus dem Globalen Norden oftmals an erster Stelle. Dies gilt für VertreterInnen von NGOs genauso wie beispielsweise für viele von uns Forschenden. Es sind „unsere“ Unternehmen, die im Globalen Süden Menschenrechte verletzen, und das empört uns.

Für die Menschenrechtsorganisationen in Peru sind die Prioritäten aber oft etwas anders gelegt. Dass die Unternehmen eine Verantwortung tragen, steht für sie zwar ebenfalls ausser Frage. Ihre Erwartung an transnationale Zivilklagen ist, dass wenn einmal ein Mutterunternehmen tatsächlich zur Verantwortung gezogen würde, damit ein Präzedenzfall geschaffen werden könnte. Die Gefahr, im Herkunftsland tatsächlich zur Verantwortung gezogen zu werden, könnte auch das Verhalten anderer Unternehmen beeinflussen, so die Erwartung.

Den sozialen Bewegungen in Peru ist es gleichzeitig jedoch wichtig, dass die Geschehnisse vom lokalen Justizsystem aufgearbeitet werden. Der peruanische Nationalstaat steht in der Verantwortung, seine institutionellen Prozesse zu aktivieren und Gerechtigkeit für die betroffenen Personen herzustellen. „Wir wollen, dass der Staat Verantwortung übernimmt.“, ist ein Satz, den ich während meiner Feldforschung in Peru immer wieder gehört habe.

Darüber hinaus gehören die direkten TäterInnen oftmals dem Staat selber an. Es sind PolizistInnen, die gewaltsam gegen DemonstrantInnen vorgehen oder bei Landräumungen anwesend sind. Die Straflosigkeit dieser direkten TäterInnen müsse gestoppt werden, um die Wiederholung solcher Fälle in der Zukunft zu verhindern. Und dies kann mit den transnationalen Zivilklagen eben nicht geleistet werden.

Die lokale Aufarbeitung hat für die sozialen Bewegungen somit Priorität. Ein transnationaler Gerichtsfall könne lediglich als Ergänzung dazu oder als Unterstützung dienen.

Rechtsmechanismen anwenden

Damit die transnationalen Zivilklagen in der Praxis tatsächlich die Erwartungen der sozialen Bewegungen in Peru erfüllen, müssen die im Recht vorgesehenen Mechanismen auch tatsächlich umgesetzt werden. Den Rechtsweg einzuschlagen und einen Fall vor Gericht zu bringen, bedeutet für sie, eine offizielle Aufarbeitung der Geschehnisse zu verlangen. Dies gilt auch in den Fällen, in denen der Gang ins Ausland nur als „Zusatz“ oder als „Ergänzung“ zur lokalen juristischen Aufarbeitung gesehen wird.

Dafür ist jedoch zwingend notwendig, dass die im Recht vorgesehenen Prozesse tatsächlich auch angewandt werden. Die involvierten Personen haben ganz spezifische Erwartungen an ein Gerichtsverfahren, wobei die eigentliche Gerichtsverhandlung, die Diskussion der Geschehnisse, die öffentliche Aufarbeitung und schliesslich das Fällen des Urteils eine wichtige Rolle spielen. Denn das ist, was das Recht als Teil gesellschaftlicher Prozesse leisten kann.

Ich habe zuvor aufgezeigt, dass aufgrund prozessrechtlicher Hürden oder wegen aussergerichtlichen Einigungen die im Recht vorgesehenen Mechanismen kaum zum Zuge kommen. Ich argumentiere, dass diese Hürden überwunden werden müssen. Erst dann werden die Erwartungen, die die sozialen Bewegungen in Peru an solche Rechtsprozesse stellen, erfüllt werden.

Anmerkungen

¹ Die empirischen Daten, auf die sich dieser Beitrag stützt, wurden während mehreren Feldforschungsaufenthalten im Frühjahr 2017 und 2018 in Peru sowie im November 2017 in London erhoben.

² Mit der Übernahme des kanadischen Unternehmens Goldcorp wurde Newmont Mining Corporation im April 2019 in Newmont Goldcorp Corporation umbenannt (Newmont Goldcorp Corporation 2019).

³ Die Zivilklage gegen Xstrata in Grossbritannien wurde im Januar 2018 abgelehnt mit der Begründung, der Fall sei nach peruanischem Zivilrecht verjährt. Gegen diesen Entscheid wurde Berufung eingelegt. Der Fall wurde jedoch nicht zum Berufungsgericht zugelassen (Persönliche Kommunikation mit Leigh Day).

Bibliographie

- Coxshall, W. 2010. "When They Came to Take Our Resources": Mining Conflicts in Peru and Their Complexity. *Social Analysis*, 54(1), 35–51.
- Jahncke, J. 2011. Human Rights Abuses by Corporations: The Case of Río Blanco Copper in Peru. *Aportes DPLF*, 4(15), 50–2.
- Kamphuis, C. 2011. La extracción de recursos mineros por empresas extranjeras y la privatización del poder coercitivo: Un estudio de caso sobre la empresa de seguridad Forza. *Apuntes: Revista de Ciencias Sociales*, 38(68), 63–108.
- Kamphuis, C. 2012. Foreign Investment and the Privatization of Coercion: A Case Study of the Forza Security Company in Peru. *Brooklyn Journal of International Law*, 37(2), 529–78.
- Leigh Day. 2018. Peru - Xstrata [online]. Available from: <https://www.leighday.co.uk/International/Corporate-accountability/Security-human-rights/Peru/Peru-Xstrata> [Accessed 28 May 2019].
- Li, F. und A.P. Paredes Peñafiel. 2019. Stories of Resistance: Translating Nature, Indigeneity, and Place in Mining Activism. In: C. Vindal Ødegaard and J.J. Rivera Andía, eds. *Indigenous Life Projects and Extractivism: Ethnographies from South America*. Cham: Springer International Publishing, pp. 219–43.
- Marty, D. 2019. Gerechtigkeit statt Almosen. *Der Bund (online)*, 11 Mar.
- Meeran, R. 2011. Tort Litigation Against Multinational Corporations for Violation of Human Rights: An Overview of the Position Outside the United States. *City University of Hong Kong Law Review*, 3(1), 1–41.
- Meeran, R. 2012. Legal Accountability of Multinationals: The Current State of Play in the UK. *International Union Rights*, 19(4), 18–20.
- Newmont Goldcorp Corporation. 2019. Newmont and Goldcorp Successfully Create World's Leading Gold Company [online]. Available from: <https://www.newmontgoldcorp.com/newsroom/newsroom-details/2019/Newmont-and-Goldcorp-Successfully-Create-Worlds-Leading-Gold-Company/default.aspx> [Accessed 28 May 2019].
- Newmont Mining Corporation. 2018. Newmont Welcomes Sumitomo as Valued Partner at Yanacocha [online]. Available from: <https://www.newmont.com/newsroom/newsroom-details/2018/Newmont-Welcomes-Sumitomo-as-Valued-Partner-at-Yanacocha/default.aspx>.
- Observatorio de Conflictos Mineros en el Perú (OCM). 2018. 23° *Observatorio de Conflictos Mineros en el Perú: Reporte segundo semestre 2018*. Lima.
- RESOLVE. 2016. *Tragadero Grande - Land, Human Rights, and International Standards in the Conflict Between the Chaupe Family and Minera Yanacocha: Report of the Independent Fact Finding Mission*. Washington D.C.
- Skinner, G., R. McCorquodale, and O. De Schutter. 2013. *The Third Pillar: Access to Judicial Remedies for Human Rights Violations by Transnational Business*. The International Corporate Accountability Roundtable (ICAR) / CORE / The European Coalition for Corporate Justice (ECCJ).
- Skinner, G.L. 2014. Beyond Kiobel: Providing Access to Judicial Remedies for Violations of International Human Rights Norms by Transnational Business in a New (Post-Kiobel) World. *Columbia Human Rights Law Review*, 46, 158–265.
- U.S. Court of Appeals for the Third Circuit. 2019. Opinion, Case 18-2042, Document 003113189403.
- U.S. District Court for the District of Delaware. 2017. Complaint for Damages and Equitable Relief, Case 1:17-cv-01315-GAM, Document 1.
- U.S. District Court for the District of Delaware. 2018. Order, Case 1:17-cv-01315-GAM, Document 93.
- Velazco Rondón, D.L. und R.M. Quedena Zambrano. 2015. *La criminalización de la protesta social y el caso Majaz*. Lima: Fundación EcuMénica para el Desarrollo y la Paz (Fedepaz) / Oxfam.

Zur Person

Angela Lindt ist Doktorandin am Institut für Sozialanthropologie der Universität Bern. Sie verfasst ihre Dissertation im Rahmen des vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) geförderten Projektes „Law in Protest: Transnational Struggles for Corporate Liability“. Ihre Forschung beschäftigt sich mit sozialen Konflikten im nördlichen Hochland von Peru und mit der Mobilisierung von Recht durch peruanische Menschenrechtsorganisationen und lokale soziale Bewegungen.